Wege aus der Krise – Konjunktur anschieben für die Wirtschaft der Metropolregion

Ein Impulspapier der Industrie- und Handelskammern in Berlin und Brandenburg

IHK
Industrie- und Handelskammern
in Berlin-Brandenburg

Inhalt

Neue Chancen nach der Krise 4

Konjunkturelle Lage in der Metropolregion 6

Gesamtwirtschaftliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung 8
Kurzfristige Wirkung 8
Mittelfristige Wirkung 11

Digitale Investitionen als Zukunftsinvestitionen begreifen 14

Nachhaltiges Wachstum sichern 16

Neue Chancen nach der Krise

Die Corona-Pandemie ist eine Zäsur. Gewissheiten, die für uns alle zur Normalität geworden waren, wurden vom einen auf den anderen Tag grundsätzlich in Frage gestellt. Dazu gehört auch die seit mehr als zehn Jahren anhaltende positive wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Berlin und Brandenburg. Großer Einsatzwille, Beharrlichkeit und die Innovationskraft der Unternehmerinnen und Unternehmer, die Attraktivität für Fachkräfte aus aller Welt sowie die stabile gesamtwirtschaftliche Lage haben unsere Region auf den Erfolgspfad geführt.

Trotz einiger Wolken am Konjunkturhimmel: Vom Ende der Erfolgsgeschichte konnte zu Jahresbeginn noch niemand ausgehen. Zu unwahrscheinlich erschien ein Szenario, das zu flächendeckenden Schließungen von Geschäften, Hotels, Restaurants oder Kultureinrichtungen führen würde. Unvorstellbar war, dass europäische Länder Grenzen schließen und so das in Frage gestellt wird, was einen fundamentalen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Hauptstadtregion geleistet hat: die europäische Freizügigkeit.

Die Einschnitte der Corona-Krise ziehen sich durch fast alle Branchen – die Folgen werden trotz schrittweiser Aufhebung der Einschränkungen noch lange spürbar sein. Hilfsmaßnahmen der Bundes- und Landesregierung haben dazu beigetragen, das Überleben vieler mittelständischer Unternehmen kurzfristig zu sichern. Das Anfang Juni von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturpaket setzt wichtige Revitalisierungsimpulse. Damit diese wirken, müssen Politik und Verwaltung in der Lage sein, die entsprechenden Programme auch umzusetzen. Um die Unternehmen wieder auf den Erfolgspfad zurückzuführen, werden außerdem noch viele weitere konjunkturstimulierende Maßnahmen nötig sein. Es wird darum gehen müssen, die Spezifika unserer Region zu berücksichtigen – und diese klug mit den zukunftsprägenden Themen wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung zu verbinden.

Die Corona-Krise hat der Gesellschaft vor Augen geführt, wie unverzichtbar eine gesunde Wirtschaft ist. Die herausragende wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Hilfsmaßnahmen in diesem Umfang überhaupt möglich waren. Eine starke Wirtschaft wird auch der Schlüssel sein, um die öffentlichen Haushalte wieder auf einen nachhaltigen Pfad zurückzuführen. Die Politik muss daher in den nächsten Jahren den Fokus darauf legen, die Unternehmen unserer beiden Länder bei ihrem Wachstum zu unterstützen. Vorfahrt für die Wirtschaft – das muss das Motto der politischen Entscheidungsträger sein, in den Landesregierungen, in den Landesparlamenten, in den Berliner Bezirken wie in den Brandenburger Landkreisen und Gemeinden.

Wir alle sind stolz – sei es auf die vielen kleinen Familienunternehmen, die sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt haben, sei es auf die mittelständischen Unternehmen, die sich in ihren Branchen bis hin zu Weltmarktführern entwickelt haben. Wir alle sind gern Gastgeber für Millionen von Touristen, die jedes Jahr aus aller Welt zu uns kommen. Die Unternehmen, die diese Entwicklung tragen, müssen gestärkt werden und verdienen Unterstützung.

Mit dem vorliegenden Positionspapier, das in engem Schulterschluss mit dem IHK-Ehrenamt entstanden ist, unterbreiten wir Vorschläge, wie diese durch den Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung, aber auch durch die Bundespolitik gestaltet werden kann. Daran, dass uns gemeinsam der Weg aus der Krise gelingt, hegen wir keinerlei Zweifel. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung liegen die beiden Top-Aufsteigerregionen der Bundesrepublik – gestützt auch von der hohen Anziehungskraft Berlins – in Brandenburg. Auch das ist ein Beleg dafür: Keine andere Region in Deutschland hat so viel Erfahrung damit, tiefgreifende Umbrüche erfolgreich zu meistern.

Dr. Beatrice Kramm
PRÄSIDENTIN DER
IHK BERLIN

Peter Kopf
PRÄSIDENT DER
IHK COTTBUS

Carsten Christ
PRÄSIDENT DER
IHK OSTBRANDENBURG

Peter Heydenbluth
PRÄSIDENT DER
IHK POTSDAM

Konjunkturelle Lage in der Metropolregion

Die Corona-Krise hat die Berlin-Brandenburger Wirtschaft unvermittelt aus einer zehnjährigen Wachstumsperiode gerissen. Seit dem Jahr 2010 war die Leistung der Berliner Wirtschaft um 28 Prozent und die Brandenburgs um 15 Prozent gewachsen; die Beschäftigtenzahl in der Metropolregion stieg in diesem Zeitraum von 2,77 Millionen auf 3,19 Millionen – ein Zuwachs von 15 Prozent und deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Noch vor wenigen Monaten konnte man fest davon ausgehen, dass auch das Jahr 2020 ein Wachstumsjahr werden würde.

Der Corona-Schock traf die wachstumsgewohnte Wirtschaft der Region unvermittelt und heftig. Der IHK-Konjunkturklimaindex für die Region stürzte auf 59 Punkte, der niedrigste Wert in der 25-jährigen Geschichte der Zeitreihe. Die Arbeitslosenzahl stieg schnell auf rund 288.000 im Mai, die Zahl der zur Kurzarbeit Gemeldeten erreichte rund 627.000. In Berlin beläuft sich die Arbeitslosenquote auf 10,0 Prozent, in Brandenburg auf 6,5 Prozent. Beide Länder rechnen mit erheblichen steuerlichen Mindereinnahmen, denen krisenbedingt Mehrausgaben gegenüberstehen.

Die Metropolregion steht vor einer wirtschaftlichen Bewährungsprobe. Alle Branchen leiden unter den Folgen der Corona-Pandemie. Doch besonders hart wurden zweifellos Touristik-, Gastronomie-, Handelsunternehmen und Anbieter personenbezogener Dienstleistungen getroffen. Wochenlang ohne Geschäftstätigkeit, nun mit oftmals stark vermindertem Umsatz, zusammengeschmolzenen Rücklagen und mit zusätzlichen Krediten belastet, gehen viele Unternehmen dieser Branchen einer unsicheren Zukunft entgegen. Es besteht wenig Hoffnung auf eine rasche Erholung des Privatkonsums. Die private Kaufkraft wird in Folge der abnehmenden Beschäftigtenzahl sinken, die Konsumlaune angesichts der unkalkulierbaren wirtschaftlichen und gesundheitlichen Risiken vorerst gering bleiben.

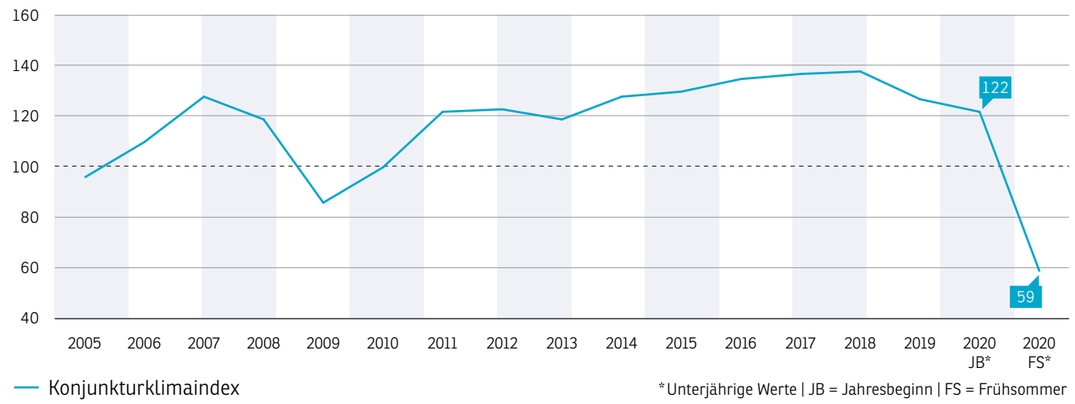
Schmerzlich macht sich die Abwesenheit der internationalen Besucher bemerkbar. Vor allem Berlins Unternehmen entgehen erhebliche Einnahmen. Vom Messebau bis zum Innenstadthandel sind große Teile der Wirtschaft auf externe Nachfrage angewiesen. In Brandenburg ist diese flächendeckende Abhängigkeit weniger deutlich ausgeprägt, zumal der brandenburgischen Wirtschaft aus dem perspektivisch stärkeren Inlandstourismus auch gewisse Chancen erwachsen. Doch sind solche Silberstreifen rar gesät und nicht geeignet, die erheblichen Belastungen auszugleichen, denen die Wirtschaft ausgesetzt bleiben wird.

Denn die Corona-Krise hat nicht allein einen Angebots- und Nachfrageengpass ausgelöst. Vielmehr wirkte sie und wirkt weiterhin strukturverändernd. In kürzester Zeit müssen Geschäftsmodelle angepasst und digitale Angebote geschaffen werden. Etablierte Branchenstrukturen sind in Bewegung geraten. Unternehmen müssen rasch investieren, um am Markt zu bleiben – gerade nun, wo Eigenmittel unfruchtbar verzehrt und Kredite aufgenommen wurden, um Liquidität zu sichern.

Konjunkturhilfen für die Metropolregion müssen den Unternehmen kurzfristig ermöglichen unter den neuen Gegebenheiten und mit erheblich gesunkenen Umsätzen zu wirtschaften. Des Weiteren müssen sie der Wirtschaft bei mittelfristigen strukturellen Anpassungen unter die Arme greifen – vor allem in Hinblick auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Und nicht zuletzt können Anpassungen seitens der öffentlichen Dienste ganz erheblich dazu beitragen, dass die Region die Krise nicht nur überwindet, sondern gestärkt und wirtschaftlich attraktiver aus ihr hervorgeht.

Konjunkturklimaindex Berlin-Brandenburg

Geometrisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Einschätzungen der aktuellen und der erwarteten Geschäftslage (neutral = 100)

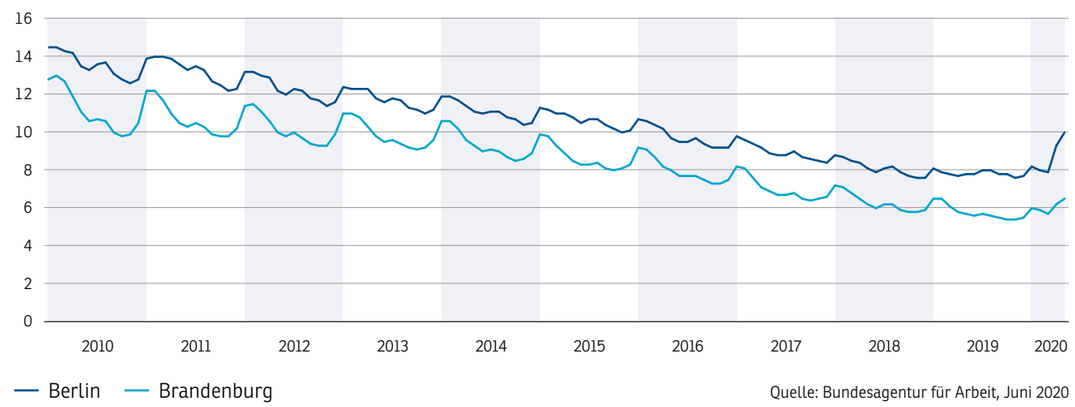


*Unterjährige Werte | JB = Jahresbeginn | FS = Frühsommer

Quelle: Industrie- und Handelskammern Berlin-Brandenburg, Juni 2020

Monatliche Arbeitslosenquoten Berlin und Brandenburg

in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Juni 2020

Gesamtwirtschaftliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen können die Länder Berlin und Brandenburg oder die Bundesregierung die Wirtschaftsleistung kurz- bzw. mittelfristig sichern und konjunkturelle Wachstumsimpulse setzen. Ziel all dieser Maßnahmen ist es, den wirtschaftlichen Einbruch abzumildern und die notwendige Erholungsphase zu verkürzen sowie das sich neu einstellende Wirtschafts- und Wohlstandsniveau in der Metropolregion möglichst wenig abfallen zu lassen.

KURZFRISTIGE WIRKUNG

Mit einigen kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen lassen sich Beschäftigungs- und Liquiditätseffekte sowie eine Stärkung des Standortes erreichen.

Liquidität sichern

- **Rückstellungen für Verluste aus 2019 ermöglichen:** Um vor allem kleinen und mittleren Unternehmen wieder Liquidität zuzuführen, sollte der Gesetzgeber es ermöglichen, noch für das ggf. erfolgreiche Geschäftsjahr 2019 eine „Corona-Rücklage" vom zu versteuernden Gewinn absetzen zu dürfen. Da diese Maßnahmen nur zu einer zeitlichen Verlagerung von Steuerzahlungen führen, sind die fiskalischen Kosten gering.
- **Soforthilfesystem aus Krediten und Zuschüssen sichern:** Auch nach dem Lockdown benötigen gerade kleine und mittlere Unternehmen weiter finanzielle Hilfen – durch Kredite, Zuschüsse und die Übernahme der Kofinanzierung zusätzlicher Bundesmittel, etwa der geplanten GRW-Aufstockung. Die Länder sind hier nicht aus der Verantwortung zu entlassen, wenn auch der Bund den Löwenanteil dieser Hilfen schultern wird.
- **Frist zur Aufrüstung von Kassen mit zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtungen verschieben:** Die Umrüstung der Registrierkassen auf die abermals gesteigerten Anforderungen des Gesetzgebers kostet die Unternehmen viel Geld. Daher sollte die Nichtaufgriffsregelung bis Ende 2021 verlängert werden.

„Die Krise erschwert vielen Betrieben die Investition in neue Kassen oder zertifizierte technische Sicherheitseinrichtungen. Sie müssen Geld in die Hand nehmen, das einfach fehlt. Eine Fristverlängerung würde ihnen jetzt konkret helfen."

Sylke Schulz-Apelt, Lausitz Park Cottbus

Mit Maß besteuern

- **Keine Steuererhöhung, keine neuen Auflagen:** Bis mindestens Ende 2021 sind die Steuern und Auflagen für die Wirtschaft vorerst nicht zu erhöhen. Beide Landesregierungen sollten sich für ein solches Moratorium, von dem gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren würden, selbst verpflichten und zusätzlich auch auf Bundesebene nachdrücklich dafür einsetzen.
- **Steuerliche Entlastung schaffen:** Bei der Steuergestaltung muss auf der einen Seite auf jede weitere Belastung verzichtet und auf der anderen Seite Entlastung wie durch die sofortige Abschaffung des Solidaritätsbeitrages geschaffen werden.
- **Ausweitung des Verlustrücktrags ermöglichen:** Der zur Krisenbekämpfung erweiterte Verlustrücktrag muss für die letzten drei Jahre und mindestens in allen noch nicht bestandskräftig veranlagten Veranlagungszeiträumen ermöglicht werden. Zudem sind die Obergrenzen beim Rücktragsvolumen und den Verlustvortragsbeschränkungen vollständig abzuschaffen.
- **Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionsgüter ausbauen:** Sowohl die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung von bis zu 30 Prozent bis Ende 2023 als auch die verkürzte Abschreibungsdauer für digitale Wirtschaftsgüter auf grundsätzlich zwei Jahre geben Firmen Kaufanreize und sind zugleich ein Konjunkturprogramm für Hersteller von Investitionsgütern.
- **City Tax und Bettensteuer aussetzen:** Die für Beherbergungsbetriebe anfallenden Bettensteuern bzw. Kultur- und Tourismusförderabgaben stellen eine zusätzliche Belastung für die bereits schwer getroffenen Betriebe dar. Mindestens bis zum Jahresende 2021 sollte die Aussetzung dieser Abgaben für Berlin und Brandenburg erfolgen.

„Um die Krise zu überwinden, müssen die Unternehmer jetzt investieren. Die beste Unterstützung dabei sind verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten."

Dr. Stephan Knabe, Dipl.-Kfm., Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Fachberater für Internationales Steuerrecht, Potsdam

Rahmenbedingungen anpassen

- **Praktikable und kulante Fristenregelungen finden:** Starre und in der Corona-Krise zum Teil nicht einhaltbare Melde-, Prüf-, Anzeige- oder Registrierungspflichten können zum Verlust von Kostenerstattungen oder Anlagenzulassungen führen und hohe Bußgelder nach sich ziehen. Hier müssen kurzfristig praktikable Lösungen gefunden werden.
- **Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie und Einzelhandel temporär aussetzen:** Die neuen Abstandsregelungen erfordern mehr Fläche im öffentlichen Straßenraum, damit Außengastronomie wirtschaftlich betrieben werden kann. Dafür braucht es eine unbürokratische Ausweisung von Flächen und das Aussetzen der Sondernutzungsgebühren.
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen:** Deutliche Kosten entstehen Unternehmen durch lange Wartezeiten in Planungs- und Genehmigungsverfahren, in denen regelmäßig Infrastrukturprojekte zum Erliegen kommen und dadurch bedeutende Mittel binden. Eine Beschleunigung könnte diese Mittel konjunkturwirksam freisetzen.
- **Sonntagsöffnung bis 2021 ermöglichen:** Um die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft zu aktivieren, müssen regulatorische Schranken beseitigt werden, die zwischen Kundenwunsch und stationärem Einzelhandel stehen. Es gilt auf die Eigenverantwortung der Unternehmen zu setzen und die unbürokratische Sonntagsöffnung bis Ende 2021 zu ermöglichen.
- **Touristischen Warenkorb erweitern:** Touristisch geprägte Orte sind besonders hart betroffen. In den Kurorten, Ausflugs- und Erholungsorten sollten daher weitere Sortimente an einer begrenzten Anzahl von Sonntagen verkauft werden dürfen.

„Gerade jetzt will ich mich möglichst viel auf meine Arbeit konzentrieren können und eher weniger mit Dingen beschäftigen müssen, die meine unternehmerische Tätigkeit unnötig bremsen. Weniger Bürokratie, eine moderne Verwaltungund die Verlässlichkeit von Regeln über einen längeren Zeitraum sind die Rahmenbedingungen, die wir Unternehmen jetzt dringend benötigen."

Ivo Haase, PeHa GmbH, Neuruppin

- **Vergaberecht einfach und effizient gestalten:** Selbst wenn die notwendigen Mittel aufgebracht werden, um durch Investitionen konjunkturelle Impulse zu setzen, müssen diese Aufträge auch stimulierend wirken und durch die Unternehmen ausführbar sein. Eine nicht zu stemmende Last an zusätzlichen Vergabekriterien würde

die konjunkturellen Anstrengungen konterkarieren, denn so drohen öffentliche Aufträge „liegen zu bleiben". Bei gleicher Eignung sollten regionale Anbieter den Zuschlag erhalten. Die Schwellenwerte für beschränkte Vergaben und Verhandlungsvergaben sollten angehoben werden; in Berlin mindestens auf den Brandenburger Schwellenwert.

- **Schuldnerberatung für Kleinstunternehmen schaffen:** Viele Kleinstunternehmen sind in der Krise in finanzielle Schieflage geraten. Oft finden sie aus dieser nicht allein heraus, da ihnen das notwendige unternehmensrechtliche Wissen fehlt. Am Markt angebotene Beratungsleistungen können sie meist nicht finanzieren. Ein gefördertes Beratungsangebot analog zur privaten Schuldnerberatung erhöht die Chance, dass sich diese Unternehmen am Markt halten können.
- **Gründungen und Start-ups unter die Arme greifen:** Gründungen schaffen Produktideen, Arbeitsplätze und Wachstum und schließen die durch die Krise gerissenen Lücken. Das Volumen von Gründungsbonus und Start-up-Stipendium gilt es daher hochzufahren; Fördervolumen und -dauer beider Programme müssen ausgeweitet werden. Des Weiteren müssen bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapitalgeber, vor allem für technologieorientierte Start-ups in der Wachstumsphase, geschaffen werden. Wir brauchen endlich ein System, in dem große institutionelle Anleger sich auch Richtung Wagniskapital orientieren.

„Verfahren müssen beschleunigt und verschlankt werden. Dazu müssen Senat und Bezirke endlich den Zukunftspakt wie geplant umsetzen. Gerade eine schnelle Genehmigung von Bauanträgen kann unmittelbar konjunkturfördernd wirken."
Stephan Allner, DIE WOHNKOMPANIE Berlin GmbH & Co.

- **Öffentliche Arbeitsfähigkeit sicherstellen:** Eine Sicherstellung der öffentlichen Arbeitsfähigkeit auch angesichts der Möglichkeit einer zweiten Infektionswelle ist unerlässlich. Kann dies kurzfristig nicht gewährleistet werden, muss die Verwaltung eine Lösung finden, um die Präsenz in den Ämtern zu erhöhen und auf diese Weise eine schnellere Bearbeitung von Anträgen zu gewährleisten.
- **Strukturen und Prozesse der öffentlichen Verwaltung schnellstmöglich reformieren und bürokratische Hürden abbauen:** Die Arbeit der öffentlichen Verwaltung konnte während des Lockdowns in beiden Bundesländern in weiten Teilen nicht sichergestellt werden. Zukünftig müssen daher nicht nur Digitalisierungsmaßnahmen durchgeführt, sondern schnellstmöglich grundlegende Reformen in Angriff genommen werden, um die durchgehende Arbeitsfähigkeit sicherzustellen.
- **Fachkräfteverfügbarkeit durch Öffnung von Kitas und Schulen sichern:** Mit der Übernahme der Beschulung und Betreuung der Kinder werden Eltern zumindest temporär ihren Beschäftigungsverhältnissen entzogen. In vielen Unternehmen leidet die Planbarkeit der Arbeit, Betriebskosten steigen und Prozesse verlangsamen sich, da qualifizierte Mitarbeiter nur zeitweilig zu Verfügung stehen. Eltern müssen ihrer beruflichen Tätigkeiten wieder uneingeschränkt nachkommen können.

„Insbesondere die Länder sollten eine langfristige Strategie entwickeln, um Kita- und Schulbetrieb wieder zu ermöglichen. Unsere Arbeitnehmer benötigen eine Perspektive bzgl. der Kinderbetreuung, auch wenn wir hier bisher sehr großzügig unter Aufrechterhaltung der Lohn-/Gehaltszahlung freigestellt haben."
Daniela Salzmann, Berufsbildungsverein Eberswalde e. V.

Wirtschaftsförderung flexibilisieren

- **Kampagnen und Steuermittel für den Neustart des Tourismus fixieren:** Die Tourismusbranche ist eine der von den Eindämmungsmaßnahmen am stärksten betroffenen Branchen. Dabei hat der Inlandstourismus eine Chance sich schneller zu erholen als der Auslandstourismus. Marktforschungsmittel müssen bereitgestellt werden, um die Positionierung der neuen Lage anzupassen. Eine Marketinginitiative kann dazu beitragen, dass sich Berlin und Brandenburg schnell wieder als Reiseziel etablieren und nachhaltig profitieren.
- **Europäische Förderprogramme an Corona und Post-Corona-Lage anpassen:** In den operationellen Programmen des Europäischen Strukturfonds sollten die Auswirkungen der Pandemie berücksichtigt werden. Es gilt Programme unternehmenszentriert auszurichten sowie Aufwand und Nutzen zur zeitgemäßen Abwicklung – digital, effizient, unbürokratisch – in Einklang zu bringen. Die Rahmenbedingungen der Förderung gilt es zu vereinfachen, die Prüfung der Fördermittelverwendung muss vollständig digital und an Marktstandards ausgerichtet erfolgen.
- **Bestehende Förderprogramme der Länder an aktuelle Situation anpassen:** Die Förderprogramme der Länder müssen einem Corona-Check unterzogen werden, um zu prüfen, wie die Förderprogramme novelliert werden können, damit Unternehmen, die unter den Auswirkungen der Pandemie leiden, hier besonders berücksichtigt werden können.
- **Bearbeitung der Förderanträge wieder aufnehmen:** Nach berechtigter Rückstellung der Antragsbearbeitung von Förderanträgen sollte schnellstmöglich die Bearbeitung wieder aufgenommen und aufgeholt werden. Dafür sind kapazitäre Voraussetzungen zu schaffen.

„Die Tourismusregion ist besonders betroffen vom Wegbleiben ausländischer Besucher. Daher brauchen wir eine Kampagne, um die Metropolregion als attraktives Ziel für Inlandstouristen zu bewerben."
Daniel Wiegand, hauptstadtreisen.com, Daniel Wiegand & Dominik Wiegand GbR, Berlin

MITTELFRISTIGE WIRKUNG

Mittelfristig umzusetzende Maßnahmen sind notwendig, damit die Unternehmen nach der Krisenzeit gestärkt werden, indem sie ihre Leistungseinbußen aufholen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten können.

Rückenwind durch öffentliche Investitionen schaffen

- **Kommunale Investitionen sichern:** Durch einen Fonds, der laufende, geplante und neue kommunale Investitionsvorhaben sichert, bleiben die Gemeinden angesichts wegbrechender Einnahmen aus der Gewerbe- sowie der Einkommen- und Umsatzsteuer handlungsfähig. Der im Jahr 2021 auslaufende Kommunale Investitionsfonds des Bundes zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen sollte mit neuen Finanzmitteln und einem neuen zielgerichteten Programm verlängert werden.
- **Unternehmen bei Berichtspflichten entlasten:** Alle Berichtspflichten sind hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu prüfen und vollständig auf digitale Verfahren umzustellen. Für die dafür notwendigen Investitionen im Unternehmen sollte insbesondere für kleine Betriebe eine Förderung eingerichtet werden.

„Aufgrund von Corona werden viele private Aufträge zurückgehalten bzw. nicht erteilt. Der Staat muss vor allem in der Bausanierung stärker als Nachfrager auftreten und diese zügig umsetzen."
Carola Kirchner, JAHN BAUMANAGEMENT GmbH & Co.KG, Berlin

Wirtschaftsförderung zukunftsorientiert gestalten

- **Zusammenarbeit der Länder Berlin-Brandenburg intensivieren:** Als Hauptstadtregion sollten sich beide Länder enger abstimmen und ihre gemeinsamen Aufgaben umfassend und mit deutlich mehr Kompetenzen institutionalisieren. Dies ist der Grundstein eines erfolgreichen Metropolraummanagements.

- **Nachträgliche Umwandlung von Hilfskrediten in Zuschüsse oder in Eigenkapital auch für kleine Unternehmen prüfen:** Besonders bedrohlich ist das Szenario von weit verbreiteter Überschuldung der Unternehmen, welche weitere Investitionen blockieren und eine Erholung der Unternehmen verhindern würde. Damit wären langfristig konjunkturelle Impulse gelähmt.
- **Anreize zur Ausweitung privater Investitionen schaffen:** Förderprogramme sollten technologieoffen gestaltet sein. Im Fokus sollte die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung von Investitionen, das Anregen von Forschung und Entwicklung sowie die Qualifizierung des Personals sein.

„Die Industrieunternehmen brauchen jetzt Planungssicherheit im Innovations- und Technologiebereich, um sich optimal auf internationalen Märkten positionieren zu können. Hierfür sind die notwendigen handlungspolitischen Weichenstellungen und gesetzlichen Grundlagen schnellstmöglich zu schaffen und auf Bundes- und EU-Ebene koordiniert anzugehen."

Thomas Brünig, Bals Elektrotechnik GmbH & Co. KG, Bersteland

- **Außenwirtschaftsförderung stärken:** Die Hauptstadtregion muss mit ihren Produkten und Dienstleistungen weltweit unter anderem durch Messen bekannter werden. Deshalb sind die Aufwendungen kleinerer und mittelständischer Unternehmen für die Erschließung neuer Märkte mit innovativen, auch digitalen Instrumenten zu unterstützen. Des Weiteren ist die fachliche Expertise in den Institutionen beider Länder transparent und stärker zu kommunizieren.
- **Anreize für Investitionen in Weiterbildung ausweiten:** Die Post-Corona-Lage verlangt die kontinuierliche Fortbildung des Personals. Bund und Länder müssen die Rahmenbedingungen in Hochschulen, bei der Berufsausbildungsvorbereitung, der außerschulischen Berufsausbildung, der beruflichen Fortbildung und Umschulung anpassen, damit Unternehmen ihre Fachkräfte zukunftsfest vorbereiten können.
- **Zentren und Geschäftsquartiere durch Citymanagement und BIDs stärken:** Um die Attraktivität der Innenstädte zu erhalten, soll die Etablierung langfristiger Citymanagement-Strukturen zur kommunalen Pflichtaufgabe werden. Zur Finanzierung dieser und weiterer aufwertender Maßnahmen in den innerstädtischen Zentren sind die bestehenden öffentlichen Förderprogramme daraufhin zu überarbeiten. Sofern Kommunen langfristige angelegte Citymanagementstrukturen aufbauen, sollten Gelder von Bund und Ländern für die Maßnahmen bereitgestellt werden. Neben öffentlichen braucht es auch Anreize für private Investitionen zur Erneuerung der Innenstädte. BID-Gesetze können dazu beitragen, wenn sie mit öffentlichen Geldern die Startphase unterstützen sowie Maßnahmen zur Einrichtung von BID-Projekten befördern.

Infrastrukturelle Akzente für die Region setzen

- **Ansiedlungs- und Investitionspolitik muss stärker im Fokus stehen:** Industrieansiedlungen sind starke Katalysatoren für zahlreiche Wirtschaftszweige. Daraus folgende öffentliche Investitionen in Flächenerschließung und Infrastruktur beleben das wirtschaftliche Umfeld und fördern so die regionale Wirtschaftsentwicklung. Ein nachhaltiges Flächenmanagement einschließlich eines marktgerechten Angebotes an Industrie- und Gewerbeflächen ist dafür die zentrale Voraussetzung. Die Erarbeitung konkreter Ansiedlungsstrategien, auch mit Fokus auf internationale Investoren, muss vorangetrieben werden.
- **Sicherung der Planungskapazitäten:** Um für Industrie und Gewerbe ein attraktives und bedarfsgerechtes Angebot machen zu können, bedarf es mehr als der planerischen Sicherung. Für die bestehenden (und zukünftigen) Gewerbegebiete müssen Anforderungskataloge entwickelt und realisiert werden, die sich mit den Fragen der Verkehrsanbindung, der Breitbandanbindung, der Innovationsförderung, des Marketings, der Nutzungsmischungen, der Kooperationsstrukturen sowie der Erweiterungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Hierzu bedarf es aktiver Unterstützung der Kommunen und Bezirke durch die Länder.
- **Kommunale Flächen effizient verwalten:** Für den Erhalt und die Entwicklung attraktiver und lebenswerter Ortskerne, Gemeinden und Bezirke braucht es ein Investitionsprogramm „Kommunales Flächenmanagement", das beim Flächensparen hilft, indem der zukünftige Flächenbedarf einer Kommune und geeignete Flächen im Ortskern ermittelt werden. Im Land Brandenburg ist zusätzlich der Ankauf von Vorratsflächen zu unterstützen.
- **BER-Umfeldentwicklung forcieren:** Die Eröffnung des Flughafen BER ist für die Wertschöpfung in der Hauptstadtregion ein wesentlicher Impuls. Für wirtschaftlichen Erfolg und internationale Sichtbarkeit ist bei der Infrastrukturentwicklung im Umfeld vor allem das produzierende und verarbeitende Gewerbe, der Handel, Forschung und Entwicklung sowie der Tourismus einzubeziehen.

„Die Eröffnung des BER-Flughafens kann die nun dringend nötigen Impulse für die regionale Wirtschaft setzen. Die starke Entwicklungsperspektive für Kommunen, Unternehmen und Fachkräfte muss deshalb durch den Ausbau der Infrastruktur im Flughafenumfeld schnell vorangetrieben werden."

Barbara Kirschbaum, Komma 10, Königs Wusterhausen

- **Nachholeffekte beschleunigen – Lieferketten flexibilisieren:** Mit der Lockerung der Sonntags- und Feiertagsfahrverbote und der Flexibilisierung von Nachtanlieferungen muss Logistikern mehr Spielraum ermöglicht werden. Für die reibungslose Warenanlieferung sind zudem Lieferzonen und Mikrodepots einzurichten.
- **Baumaßnahmen zur Sanierung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur beschleunigen:** Die bereits beschlossenen und geplanten oder schon begonnenen Baumaßnahmen zur Sanierung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind zu intensivieren und zu beschleunigen. Durch schnellere Finanzausstattung können bisher über viele Jahre gestreckte Maßnahmen (z. B. ein gemeinsames Radwegeschnellnetz für Berlin und Umland) beschleunigt werden. Damit entfalten sie sofort konjunkturbelebende Wirkung und stehen schneller bereit als verbesserte Basis für die Wirtschaftsentwicklung.
- **Tourismusinfrastruktur sichern und weiterentwickeln:** Touristische Infrastruktur, insbesondere Rad- und Wasserwege, sind Voraussetzung für ein attraktives Freizeitangebot. Die nachhaltige Sicherung und marktgerechte Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur ist unbedingt voranzutreiben, um die Hauptstadtregion im Wettbewerb der Urlaubsziele in Deutschland nach der Krise zu stärken.

„Corona bedingte Sonderausgaben dürfen jetzt nicht dazu führen, dass dringend erforderliche Investitionen in den Ausbau der Verkehrswege verzögert werden, vielmehr sollten hier die Anstrengungen gesteigert werden um die Hautstadtregion langfristig wettbewerbsfähig zu halten."

Dr. Felix Lösch, LEIPA Logistik GmbH, Schwedt

Digitale Investitionen als Zukunftsinvestitionen begreifen

Die Corona-Pandemie wirkt als Katalysator der Digitalisierung. Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft wurden die Vorteile digitalen Arbeitens deutlich vor Augen geführt. Mit den folgenden Maßnahmen, entschlossen umgesetzt, gehen wir in der Metropolregion wichtige Schritte, um die digitale Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu gewährleisten.

Digitalisierung von Verwaltung und Schulen entschlossen vorantreiben

- **E-Governmentgesetze schnell umsetzen:** Bund und Länder haben sich mit dem Online-Zugangsgesetz (OZG) längst verpflichtet, ihre Verwaltungen zu digitalisieren, doch die Umsetzung stockt – damit einher gehende Aspekte wie das Service-Konto, smarte Verwaltungsservices und schnelle Zahlungsabwicklungen sind von zentraler Bedeutung für den hiesigen Wirtschaftsstandort. Eine zügige Umsetzung ist dringend erforderlich.
- **Investitionen für wirtschaftsnahes digitales Serviceversprechen erhöhen:** Die digitale Verwaltungsmodernisierung muss an zwei Orten – den Amtsstuben und im Homeoffice – konsequent konzipiert und finanziert werden. Der Erwerb von mobilen Endgeräten statt Desktop-PC und die Einrichtung von zeitlich unbefristeten VPN-Tunneln ist durch die Gewährleistung verbesserter Erreichbarkeit ein modernes Serviceversprechen.
- **Digitale Lerninfrastruktur für Schulen modernisieren:** Der Digitalisierungsgrad vieler Schulen ist mehr als ernüchternd. Vielerorts fehlt es an Technik und Umsetzungskonzepten. Notwendig ist der zeitgemäße Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen – die dafür bereitgestellten Mittel müssen endlich genutzt werden. Der Ansturm auf die Millionen des Digitalpakts hält sich in Brandenburg und Berlin in Grenzen. Stand Februar 2020 gingen erst elf Anträge von Schulen beim Land ein – für die Mark stehen bis 2024 168 Millionen Euro zur Verfügung. Auch Berliner Schulen treten auf der Stelle: Von den 257 Millionen Euro aus dem Digitalpakt hatten die Bezirke bis April nur einen Bruchteil beantragt. Der Nachholbedarf ist gewaltig und seine Sättigung käme einem Quantensprung im Bildungswesen gleich.

„In Coronazeiten rächt sich die schleppende Digitalisierung der Berliner Bildungs- und Verwaltungslandschaft. Beide müssen schnellstens für digitales Arbeiten fit gemacht werden. Diese Investition wird sich nach Corona bezahlt machen."

Dieter Mießen, Frisch & Faust Tiefbau GmbH, Berlin

Gigabitfähigen Breitbandausbaus und digitale Unternehmensabläufe fördern

Der Digitalisierungsdruck beginnt bei der Breitbandinfrastruktur: Im Vergleich zu anderen Städten wie Köln, Hamburg oder München hat die Hauptstadt mit einer niedrigen einstelligen Glasfaseranbindung (FTTB/H) von 3 Prozent (Stand Mitte 2019) großen Aufholbedarf. In Brandenburg verfügen demnach gerade einmal 2,8 Prozent der Gewerbestandorte über einen Highspeed-Internetanschluss auf Basis von FTTB/H. Die damit verbundenen Unzulänglichkeiten mussten zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer in den letzten Wochen leidvoll erleben – ob in stockenden Videokonferenzen oder im Datenaustausch mit der Belegschaft im Homeoffice.

- **Kofinanzierung von Bundesmitteln sicherstellen:** Für die Metropolregion Berlin-Brandenburg ist der marktgetriebene Breitbandausbau das Mittel erster Wahl. Er bedarf aber bei der aktuell zu langsamen Ausbauentwicklung einer Flankierung durch das Land. Das in Überarbeitung befindliche Bundesförderprogramm („Gigabitförderung") muss daher durch eine angemessene Kofinanzierung den flächendeckenden Ausbau unterstützen und bei weiteren Notwendigkeiten aufgestockt werden.
- **Breitband-Voucher für Unternehmen ermöglichen:** Mit dem Ziel die Nachfragestimulation und Nachfragebündelung bei Unternehmen zu unterstützen, sollten sogenannte Anschluss-Voucher den Glasfaserausbau förderseitig in Berlin vorantreiben. Die Ausgabe von Vouchern fördert damit anteilig die einmaligen Kosten für die Anbindung an das Glasfasernetz und stellt die zukünftige Skalierbarkeit steigender Breitbandbedarfe nachhaltig sicher.
- **Digitalförderung mittelstandsfreundlich gestalten:** Wie während der Corona-Pandemie schnell sichtbar wurde, gibt es immer noch große Potenziale, die dringend gehoben werden müssen – insbesondere bei der kleinteiligen Wirtschaft. Seitens der unterstützenden Förderinstrumente des Bundes und der Länder braucht es deutlich weniger Bürokratie und attraktivere Konditionen.

„Für unsere Branche und für die Entwicklung des ländlichen Raumes ist ein deutlich schnellerer Ausbau des Telekommunikations- und Breitbandnetzes eine Grundvoraussetzung. Nur so sind kontaktloses Bezahlen, elektronische Auftragsbearbeitung und E-Government auch in der Fläche möglich."

Thomas Keller, HTS Landschaftsgestaltungs GmbH, Rietz-Neuendorf

Nachhaltiges Wachstum sichern

Wie in ganz Europa müssen auch die Berlin-Brandenburger Unternehmen aus der Rezession der Corona-Krise herauswachsen. Ein neuer Wachstumspfad führt über die nachhaltige Transformation der Wirtschaft. EU und Bund setzen entsprechende Konjunktur- und Transformationsprogramme auf, die Modernisierungsimpulse und Investitionsanreize für energie- und klimaschonende Technologien bieten. Berlin-Brandenburg sollte seinen Fokus vor diesem Hintergrund auf folgende Eckpunkte legen.

- **Bürokratie- und Kostenentlastung schnell und nachhaltig umsetzen:** Über die bereits vom Bund geplante Stabilisierung der EEG-Umlage hinaus würde eine deutliche Senkung der EEG-Umlage sowie die Reduktion der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß (20 Cent/kWh) schnell für Kostenentlastungen sorgen und gleichzeitig Bürokratie bei Entlastungsregelungen überflüssig machen. Daran müssen sich weitere Schritte für eine umfassende Reform des energierechtlichen Rahmens und des Abgabe- und Umlagesystems anschließen, insbesondere im Bereich von Energienetzen und -speichern sowie erneuerbarer Technologien.
- **Wärmewende zügig vorantreiben:** Im Fokus sollten eine stärkere Förderung energetischer Sanierungen privater Wohn- und Nichtwohngebäude stehen sowie eine stärkere Förderung für die Umstellung auf klimafreundliche Wärmetechnologien. Zudem muss die öffentliche Hand ihrer Vorbildrolle gerecht werden und durch eine Steigerung von Sanierungsrate und -tiefe ihrer Infrastrukturen konjunkturelle Impulse setzen und dabei auch als Vorreiter beim Einsatz innovativer Lösungen auftreten. Durch Projektverzögerungen entstandene Zusatzkosten sind durch staatliche Unterstützung abzufedern.
- **Zukunftssichere Energieversorgung gestalten:** Staatliche Investitionshilfen für intelligente Stromnetze und den zügigen Aufbau einer Wasserstoffindustrie sind nicht nur gut investierte Mittel, sie bereiten auch den Weg für eine stärkere Sektorenkopplung im Sinne der Energiewende und neue Beschäftigungsperspektiven in zukunftssicheren Branchen. Auch beim Aus- und Umbau „grüner" Fernwärme und zugehöriger Netze sind staatliche Hilfen doppelt gut eingesetztes Kapital.

„Infolge der Corona-Krise sind unsere Lieferketten weggebrochen und wir konnten die geplanten Photovoltaik-Anlagen sowie Batteriespeicherprojekte nicht fristgerecht beginnen. Diese Zeit musste vorübergehend mit Neugeschäft gefüllt werden. Für den Post-Corona-Neustart sollten von der Politik klare Anreize zur Investition in Energiespeicher und den weiteren Ausbau zur Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt werden."
Detlef Siebert, SEtrade GmbH, Potsdam

- **Sonderprogramm nachhaltiger Verkehr aufsetzen:** Um die Mobilitätswende zügig voranzutreiben, sollten weitere Kaufanreize für alternative Antriebe gesetzt werden. So sollte die derzeitige Überarbeitung des Berliner Förderprogramms für wirtschaftsnahe Elektromobilität dafür genutzt werden, eine Ausweitung auf weitere alternative Antriebe sowie zusätzliche Beratungsleistungen zur betrieblichen Mobilität mit starkem Digitalisierungsaspekt vorzunehmen. Insbesondere die Wasserstofftechnik sowie der Aufbau einer technologieoffenen Ladeinfrastruktur sind stärker zu fördern. Aufgrund der Standortnachteile der ländlichen Räume sollten sie in diesem Sonderprogramm ein Schwerpunkt der Förderung sein.
- **Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität unterstützen:** Durch staatliche Investitionsanreize sollten Energieeffizienz und der Einsatz klimafreundlicher Technologien für Prozesswärme oder die eigene Stromversorgung in den Unternehmen mobilisiert werden, nachhaltige Produktions- und Wirtschaftsprozesse stimuliert sowie die Einführung von Energie-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagementsystemen intensiviert werden.

„Berlin kann vormachen, wie Wärme-, Industrie- und Mobilitätswende geht. Das gerade von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturprogramm setzt dafür genau die richtigen Impulse. Jetzt kommt es – wie immer – auf die Umsetzung an. Für Berlin heißt das jetzt: Klimaschutzprogramm konsequent durchsetzen und Zukunftstechnologien wie Wasserstoff oder Power to Heat hier vor Ort weiter entwickeln."
Alexander Jung, Vattenfall GmbH, Berlin

Wege aus der Krise – Konjunktur anschieben für die Wirtschaft der Hauptstadtregion
Ein Impulspapier der Industrie- und Handelskammern in Berlin und Brandenburg

Herausgeber
Arbeitskreis der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburg

Redaktion
IHK Berlin, Geschäftsfeld Politik, Christian Nestler, Patrick Schulze
IHK Cottbus, Janine Mahler, Susanne Kwapulinski, Maik Bethke
IHK Ostbrandenburg, Robert Radzimanowski, Dr. Knuth Thiel
IHK Potsdam, Barbara Nitsche, Stefan Bregulla, Hauke Naujok

Layout
IHK Berlin, Stephanie Krause

Bildquellen
Titel: © andresr – iStockphoto.com | S. 10: © Nikada – iStockphoto.com

Lektorat
Berit Sörensen
Text + Lektorat
berit.soerensen@gmx.net

Stand
Juni 2020